



## **Pressemitteilung**

Ansbach, 06.12.2013

*AbuV-Defizit trotz Ausdünnung des Angebots und Streichung von Busfahrten nicht gesunken:*

Offene Linke: "Verheerende Folgen der Preisexplosionen müssen jetzt Konsequenzen haben"

*Privatisierung von Bussen und Bädern soll rückgängig gemacht werden*

Laut aktuellen Zahlen ist das Defizit bei der Ansbacher Bäder- und Verkehrs-GmbH (AbuV) mit rund 1,1 Millionen Euro 2013 unter den Bedingungen eines seit April deutlich ausgedünnten Angebots bei Streichung hunderter Busfahrten genauso hoch wie vergangenes Jahr voraberechnet. Damals wurde allerdings noch mit einem größeren Angebot mit deutlich mehr Fahrten bis 20 Uhr kalkuliert.

Das bedeutet, dass trotz großer Einsparungen bei den Betriebskosten im Zuge der erneuten Preiserhöhung zum 01.01.2013, einhergehend mit der Angebotsverschlechterung, die Fahrgastzahlen im laufenden Jahr offenbar wiederum weit hinter den Erwartungen geblieben sind, nachdem diese bereits im Vorjahr nach dem Wechsel von Tarifstufe S auf K um 20 Prozent einbrachen.

Damit werden Befürchtungen der Offenen Linken, wonach die verheerende Preispolitik der ABuV nicht nur unsozial, sondern auch wirtschaftlich unsinnig ist, nun bestätigt. Die Wählergemeinschaft fordert daher jetzt Konsequenzen: "Die Preissprünge waren viel zu groß, der viel beschworene Gewöhnungseffekt ist nicht eingetreten. Die Ansbacherinnen und Ansbacher haben mit den Füßen über das Preis-Leistungs-Verhältnis des ÖPNVs abgestimmt. Wir brauchen wieder ein attraktives und bezahlbares Tarifgefüge. Daher werden wir noch vor den Kommunalwahlen als Kompromiss erneut eine Zwischenstufe zwischen S und K beantragen." Im Februar hatte eine knappe Mehrheit aus CSU und SPD eine Preissenkung verhindert: "Wir sind gespannt, wie gerade Sozialdemokraten die Preistreiberei den Wählerinnen und Wählern erklären werden."

Die Offene Linke kritisiert auch die Hinterzimmer-Strukturen der ABUV, in der die entsprechenden Fehlentscheidungen nicht-öffentlich getroffen wurden: "Die Menschen in Ansbach haben ein Recht zu erfahren, welcher Stadtrat aus welchen Gründen für oder gegen Preiserhöhungen stimmt." Auch jetzt verschweigt das Unternehmen Zahlen zur aktuellen Entwicklung der Nutzerzahlen in Bussen und Bädern. Dabei wären diese Zahlen wichtige Grundlage für die Entscheidung in der Stadtratssitzung kommenden Montag mit Blick auf die Finanzierung der Freibad-Sanierung. Die Offene Linke fordert OB Seidel als Aufsichtsratsvorsitzende daher auf, diese jetzt auf den Tisch zu legen.

Mittelfristiges Ziel der Offenen Linken ist die Wiedereingliederung der 100prozentigen Stadttochter als Eigenbetrieb: "Die Privatisierung muss rückgängig gemacht werden. Dass Geheimratsentscheidungen verheerende Fehlentwicklungen zur Folge haben, kann man an der AbuV derzeit sehr gut erkennen. Wir stehen für Transparenz und öffentliche Kontrolle."

*gez. Boris-André Meyer, Stadtrat*